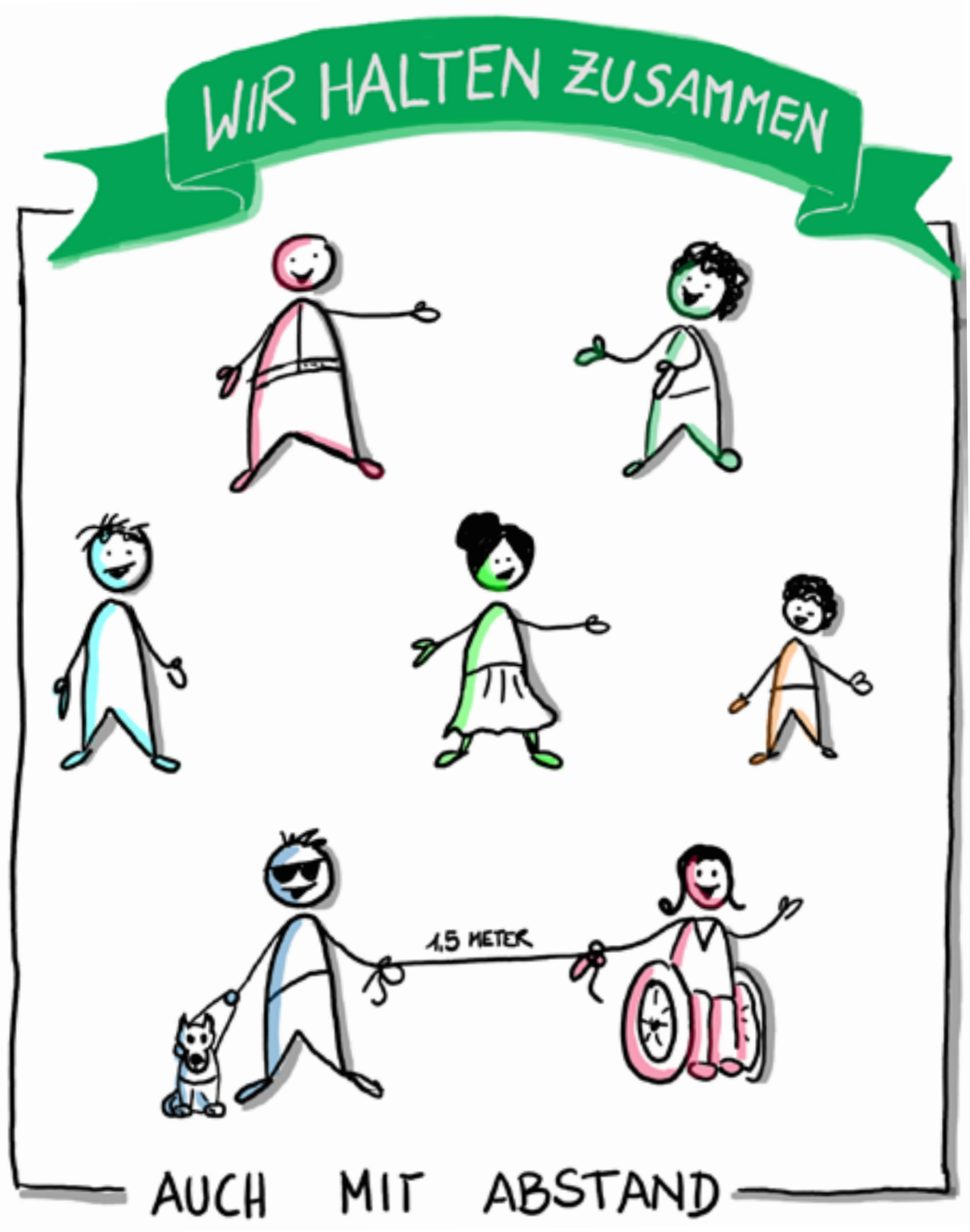
Die Zeitschrift
monat
Ausgabe 1/2020

Österreichischer Behindertenrat



Leben in der Coronakrise

Bezahlte Anzeige

FÜR WIEN
ZUSAMMENHALT

Christian, Musiker

Bleib daheim.
Es könnte Leben retten.

Für Christian ist es als Musiker, der mit Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen zusammenarbeitet,eine Selbstverständlichkeit, derzeit daheim zu bleiben. Die Neuigkeiten verfolgt er täglich – dabei vertraut er aber in erster Linie auf die **offiziellen Informationen** auf der Website und den Social-Media-Kanälen der Stadt Wien.
#BleibDaheim

Stadt
Wien

wien.gv.at/coronavirus

editorial

Foto: Privat

Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Zeilen entstehen am 06.04.2020, unsere Zeitschrift ‚monat' werden Sie wahrscheinlich Mitte April in Händen halten. Ursprünglich war geplant, den Fokus auf Kunst und Kultur zu legen, Sie zum Beispiel über barrierefreie Angebote österreichischer Museen zu informieren. Das machen wir nun in einer späteren Ausgabe im Laufe des Jahres. Wir haben Platz geschaffen für 12 Seiten zur Krisen-Situation aufgrund des Coronavirus.

Für Menschen mit Behinderungen ist die COVID-19 Pandemie eine besonders bedrohliche Situation. Nicht alle, aber viele, gehören zur gesundheitlichen Risikogruppe. Sie sind angewiesen auf barrierefreie Informationen, haben im Alltag Pflege- und Unterstützungsbedarf und/oder erleben die psychische Belastung aufgrund von psychischen Vorerkrankungen noch massiver.
Als Behindertenrat arbeiten wir im Home Office und setzen uns für Menschen mit Behinderungen, ihre Angehörigen und ihre Unterstützer*innen ein. Wir halten engen Kontakt zu unseren Mitgliedsorganisationen. Alle Menschen müssen gut durch die Zeit der COVID-19 Pandemie kommen, das ist das Ziel. Wir stoßen auf offene Ohren und können bewegen, doch gleichzeitig werden wir bei vielen Entscheidungen nicht eingebunden und müssen im Nachhinein Änderungen erwirken. Partizipation fällt den Entscheidungsträger*innen immer noch schwer, das ändert sich auch nicht in der Krise.

Bitte haben Sie Nachsicht mit den Inhalten dieses ‚monats'. Es kann gut sein, dass sich einiges bis zur Postaussendung geändert hat. Nicht alles im Heft ist zum Thema Corona, lassen Sie sich zum Beispiel von Miriam Labus für Tanz begeistern, oder geniesen Sie ein Ohrenschmaus Gedicht. Trotz allem, viel Vergnügen beim Lesen!
Halten Sie durch! Unterstützen Sie andere, wenn Sie können. Suchen Sie Hilfe, wenn Sie Hilfe brauchen. Gemeinsam schaffen wir das! ■

Herzliche Grüße und Alles Gute!
Herbert Pichler

Wir, Firma Gugubauer KG, **Selectiv Treppenlifte**, aus OÖ. sind ein Unternehmen, das 2006 gegründet wurde und seither kontinuierlich die Produktpalette von Sitztreppenliften um Plattformlifte und Senkrecht-Homelifte erweitert hat.
Mit Qualität, seriöser Beratung und sehr gutem Service haben wir unsere Firma zu einem verlässlichen Partner Österreichweit aufgebaut.
Ein großes Plus besteht in unserer umfangreichen und vor allem Hersteller unabhängigen Produktvielfalt. Diese ermöglicht uns eine sorgfältige Information der unterschiedlichen Betriebssysteme an unsere Kunden.
Am Sitzliftsektor der Firma Access BDD welches ein Zweig der Firma Thyssen Krupp ist mit den Modellen (Flow 2, Flow 2A und HomeGlide / Levante) sind wir in Österreich führend.
Neben dem Verkauf erledigen unsere erfahrenen und regelmäßig geschulten Mitarbeiter auch die erforderlichen Service- und eventuell anfallenden Reparaturen.
Dies wird von uns für die oben angeführten Modelle auch dann erledigt, wenn diese Lifte anderweitig gekauft und eingebaut wurden.
Zu erwähnen ist, dass wir von unseren Kunden keine Vorauszahlungen verlangen, weder eine Anzahlung für gekaufte Lifte noch für etwaige Dienstleistungen. Die Bezahlung erfolgt grundsätzlich nach erfolgter Durchführung von Einbau- oder Servicearbeiten.

Treppenlift Verbund
in Österreich, Deutschland, Schweiz, Frankreich

ZERTIFIKAT

Wir empfehlen das Unternehmen

SELECTIV Treppenlifte

aufgrund der

1. **Herstellerunabhängigkeit**
(bei und vertraglich nicht an Hersteller oder Produkte gebunden)
2. **Mitarbeiterkompetenz und Kundenservice**
(durch die mehrjährige Montageerfahrung und zahlreiche absolvierte Produkt- und Serviceschulungen)
3. **zahlreichen Referenzen von Liftmontagen**
(im privaten und öffentlichen Bereich gemäß Anlage).

Das Unternehmen ist in hohem Maße vertrauenswürdig.

sehr gut!

Treppenlift Verbund

Treppenlift Verbund in Österreich, Deutschland, Schweiz, Frankreich

Unverbindlich werden wir Sie bei einem Neukauf fachgerecht beraten bzw. Ihre bestehende Liftanlage warten oder reparieren.

Christa und Thomas Gugubauer samt Team freuen sich auf Ihren Anruf

Anzeige

Editorial 3

Neue Mitglieder 7

COVID-19 Arbeit des Behindertenrat 10

COVID-19 Informationen in Leichter Sprache 14

Studie zu Gewalt an Menschen mit Behinderungen 22

Was Tanz für mich bedeutet 25

Sichtbar. Sicher. Selbstbestimmt. 30

Neue EU-Behindertenstrategie 32

Update: NAP Behinderung 34

Zeichnung: Petra Plicka

Foto: Pixabay

Liebe Leser*innen!

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen des neuen Heftes und freuen uns über Rückmeldungen an:
presse@behindertenrat.at

monat

Nicht für alle ist es so einfach, zu verstehen, was gerade los ist. Informationen in Leichter Sprache helfen. Danke an den Unabhängigen Monitoringausschuss für die Unterstützung!

Seiten 14 bis 17

Alle arbeiten jetzt anders - auch wir im Behindertenrat - und zwar im Home Office.
Unser Einsatz gilt den Interessen der Menschen mit Behinderungen, ihren Angehörigen und ihren Unterstützer*innen.

Seite 10 bis 13

Gefördert aus den Mitteln des Sozialministeriums

Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

IMPRESSUM: **Medieninhaber:** Österreichischer Behindertenrat • **Herausgeber:** Herbert Pichler • **Redaktion:** Gabriele Sprengseis (gs) - Heidemarie Egger (he) • **Adresse:** 1100 Wien, Favoritenstraße 111/11, Tel.: 01 513 1533, **Mail:** presse@behindertenrat.at • **Website:** www.behindertenrat.at • **Offenlegung nach dem Mediengesetz: www.behindertenrat.at/impressum** • **Gestaltung, Anzeigenverkauf, Layout und Druck:** Die Medienmacher GmbH • 8151 Hitzendorf • **Filiale:** 4800 Attnang-Puchhheim, 07674 62 900, www.diemedienmacher.co.at • **Cover:** Petra Plicka • Nachdruck nur nach ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet. • Nicht alle Artikel entsprechen unbedingt der Meinung der Redaktion. Wir haben das Ziel, eine möglichst breite Diskussionsbasis für behindertenpolitische Themen und Standpunkte zu schaffen und die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen. • **Bankverbindung:** easybank, IBAN: AT85 1420 0200 1093 0600, BIC: EASYATW1 DVR 08 67594 • ZVR-Zahl: 413797266 • Erscheinungsort Wien.

DAS FEHLT

Von
Gabriele Sprengseis

Gerade in der Krise gilt es, auf die Stimmen jener Menschen zu hören, die weniger laut und in der Öffentlichkeit wenig bis kaum präsent sind. Und gerade jetzt darf darauf vertraut werden, dass Menschen mit Behinderungen wissen, was sie brauchen und wie die Unterstützung konkret aussehen soll.
In den Krisenstäben und vor allem im Beraterstab des Gesundheits- und Sozialministers fehlt die Stimme von Menschen mit Behinderungen. Das Leben von Menschen mit Behinderungen ist vielfältig, deshalb müssen Expert*innen der Behindertenpolitik in die Entscheidungsfindung und Maßnahmenplanung einbezogen werden. Auch sind umfassende barrierefreie Informationen unerlässlich und sollten längst selbstverständlich sein. Behindertenrechte sind Menschenrechte und gelten gerade auch jetzt während der Corona-Krise.

Wenn es für die Behindertenorganisationen, Vereine und Selbsthilfegruppen keine Garantien gibt, ihre krisenbedingten Ausfälle zu kompensieren und ihren Bestand zu erhalten, dann ist das ein existenzbedrohendes Problem. Der soziale Zusammenhalt wird wesentlich von den vielfältigen Vereinen und Unterstützungsstrukturen in unserer Gesellschaft geprägt.
#Zusammenhalten.
An alle Menschen denken. ■

✉ **g.sprengseis@behindertenrat.at**

Unsere Neue Praktikantin

Team-Vorstellung

Von Cornelia Hofmann

Cornelia Hofmann an ihrem Arbeitsplatz

Seit Februar 2020 ist Cornelia Hofmann die neue Praktikantin des Österreichischen Behindertenrates in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation.

Cornelia Hofmann ist in Wien geboren und studierte an der Universität Wien Biologie im Schwerpunkt Anthropologie. In ihrer vorherigen Position war sie als Peer-Beraterin für Menschen mit Behinderungen bei der WAG Assistenzgenossenschaft tätig. Außerdem engagiert sie sich seit Jahren in einer Selbsthilfegruppe für Menschen mit dem seltenen Ehlers-Danlos Syndrom.
Ihre Freizeit verbringt Cornelia am liebsten mit ihren Hunden und ihrem Partner in der Natur, beim Gärtnern oder beim Fischen.
„Mir ist ein faires und respektvolles Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein großes Anliegen. Aufgrund meiner eigenen Behinderung und der Arbeit mit anderen Betroffenen ist mir bewusst, dass Menschen mit Behinderungen in diversen Lebensbereichen oft immer noch stark benachteiligt sind. Die Möglichkeit, mich aktiv für sie einzusetzen, eine Stimme zu geben und zu wichtigen Veränderung beizutragen, ist für mich eine große Erfüllung. Auch in Zukunft wäre ich gerne im sozialen Bereich tätig.“ Cornelia Hofmann wird den Behindertenrat bis August unterstützen. ■

Vereinigung der Interessenvertretungen

der Menschen mit Beeinträchtigungen in OÖ

Alfred Prantl Foto: Andreas Krieger

Die IVMB ist der Dachverband der Interessenvertretungen nach § 37 des OÖ Chancengleichheitsgesetzes. Wir vertreten die Anliegen von etwa 850 Interessenvertreter*innen in den Einrichtungen der OÖ Behindertenhilfe und ca. 600 Mitglieder (Privatpersonen und Interessensgruppen) gegenüber der Landespolitik und der Öffentlichkeit.

Wir unterstützen die Interessenvertretungen bei ihrer Arbeit und bei Konflikten mit den Trägern oder dem Land OÖ und bieten auch Schulungen für Interessenvertretungen an. Wir sind in zahlreichen Arbeitsgruppen zur Förderung von Barrierefreiheit und Selbstbestimmung tätig und fördern eine positive Wahrnehmung von Behinderung in der Öffentlichkeit. Statutengemäß gehört auch die Unterstützung des Interessenvertretungsbeirates (IV-B) zu unseren Agenden, der in § 37 des ChG verankert ist. Dieses Gremium kann den OÖ. Landtag bei Weiterentwicklungen und Änderungen des Chancengleichheitsgesetzes beraten, Stellungnahmen abgeben und Vorschläge machen.

Wir freuen uns auf die bundesweite Zusammenarbeit mit und durch den Österreichischen Behindertenrat, künftig sollen immer mehr Unterstützungen zur Selbstbestimmung und Chancengleichheit in Bundesgesetzen geregelt werden. ■

IVMB
Haselgrabenweg 31, 4040 Linz
Tel.: 0732/ 244732
info@ivooe.at, **www.ivooe.at**

IdEE Österreich

Interessenvertretung für psychische Gesundheit

Menschen mit psychischer Beeinträchtigung haben seit Sommer 2019 eine bundesweite Interessensvertretung, den Dachverband IdEE Österreich.
Seit etwa fünf Jahren gibt es Bestrebungen, neben den längst etablierten Selbstvertretungsorganisationen in den Bundesländern auch auf Bundesebene eine legitimierte Interessenvertretung für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung zu gründen. Der Dachverband „IdEE Österreich“ entstand aus der bundesweiten Vernetzungsplattform aller bereits bestehenden Landesorganisationen für psychische Gesundheit, die im Jahr 2017 vom Gesundheitsministerium ins Leben gerufen wurde.
Die Aufgabe des Dachverbandes besteht darin, alle in den Bundesländern bestehenden Interessenvertretungen zu bündeln und auf einer Homepage darzustellen sowie die Interessen der Betroffenen österreichweit und auf EU-Ebene zu vertreten.

Gründungs- & Vorstandsmitglieder

- Silvi Mühringer (Vorsitzende)
- Christopher Tupy
- Michael Pinks

Sie alle kommen aus dem Kreis der Betroffenen und haben bereits jahrelange Erfahrung in der Begleitung und Vertretung anderer Betroffener auf Landesebene.

Mühringer Foto: Privat

Jedes Angebot zur ehrenamtlichen Mitarbeit ist willkommen! ■

Dachverband IdEE Österreich
+43 681 - 208 41 241
info@idee-oesterreich.at
www.idee-oesterreich.at

CBMF Präsident Widl wurde geehrt

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien

Von Marie-Luise Papai

Stadtrat Czernohorszky überreicht Ehrenmedaille Foto: CBMF

Klaus Widl, Vereinsgründer und Präsident des Vereines CBMF, Vizepräsident des Österreichischen Behindertenrates sowie Vizepräsident des ÖZIV Bundesverbandes, wurde mit der „Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien“ als Zeichen der Anerkennung für seine besonderen Verdienste ausgezeichnet.

Klaus Widl leistete Pionierarbeit

Die Laudatio hielt Wiens amtsführender Stadtrat Jürgen Czernohorszky. Er skizzierte die Biografie von Klaus Widl, würdigte sein Engagement im unternehmerischen und ehrenamtlichen Bereich und hob dabei sein gemeinnütziges Wirken für die Stadt Wien besonders hervor.

„Seit Jahrzehnten sorgt Klaus Widl für passende Freizeitangebote für Menschen mit Behinderungen, macht sich in der Interessenvertretung stark und hat als gewichtiger Berater der Stadt Wien die Sozial- und Behindertenpolitik in Wien wirksam mitgeprägt“, betonte Stadtrat Czernohorszky und schloss mit den Worten: „Er hat damit Pionierarbeit geleistet und Wien zu einer inklusiveren Stadt gemacht.“

Zwischenerfolg auf dem Weg zur Inklusion

Präsident Widl replizierte in seiner Dankesrede mit den Worten: „Österreich hat vor über 11 Jahren die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert und sich damit völkerrechtlich verpflichtet, die darin festgelegten Menschenrechte zu gewährleisten. Wenn ich ein wenig dazu beitragen durfte, möglichst vielen dieser Menschenrechte zur Umsetzung zu verhelfen, dann freut mich das, sehe dies aber lediglich als kleinen Zwischenerfolg auf einem noch langen Weg zur vollständigen Inklusion und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.“

Abschließend bedankte sich Widl bei der Stadt Wien, bei der Bezirksorganisation Leopoldstadt, dem Fonds Soziales Wien, der Magistratsabteilung 40, den Sponsoren und Unterstützer*innen, seinen Wegbegleiter*innen sowie bei den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Er betonte in seiner Ansprache, dass er diesen Preis als Ausdruck der Anerkennung des Engagements all dieser vielen Unterstützer*innen sehe, die letztlich auch gemeinsam mit ihm die Arbeit geleistet haben.

Zahlreiche Weggefährt*innen aus Politik, Wirtschaft und dem sozialen Bereich wohnten der Feierstunde bei und gratulierten Klaus Widl herzlich. ■

Herbert Pichler gratuliert Foto: CBMF

Der volle Veranstaltungssaal im Rathaus Foto: CBMF

Neu: SUPPORT Beratung

ÖZIV Bundesverband erweitert Angebotsschiene

Von Doris Kreindl

SUPPORT: Unterstützung Schritt für Schritt Foto: Philip Giegerl

Klient*innen, die sich mit ihren Anliegen an die Berater*innen und Coaches im ÖZIV wenden, erzählen: "Motivierende Gespräche, vertrauenswürdig und offen!" „Ich wurde nach einer Kündigung im Krankenstand sehr respektvoll begleitet".

„Ob Behindertenpass, Förderungen oder Jobsuche: Die Fragen zum Thema Behinderung sind vielfältig", berichten auch die Angebotsleiter*innen und Coaches aus allen Bundesländern von ihrem Arbeitsalltag.

Drei Pilotbundesländer

Seit 1. Jänner 2020 können sich jetzt Menschen mit oder ohne Feststellungsbescheid in den Pilotbundesländern Wien, Salzburg und Tirol an SUPPORT Beratung im ÖZIV wenden.

Beratung zu Grundproblemen

Das neue Angebot richtet sich an alle Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen im arbeitsfähigen Alter. Dabei werden Grundprobleme besprochen, wie zum Beispiel zu Mobilität, finanzielle Unterstützungsleistungen, Wohnen, Rehabilitation und vieles mehr. Hilfestellung gibt es außerdem bei behördlichen Anträgen wie Feststellungsbescheid, Behindertenpass, Reha- oder Pflegegeld sowie Berufs- und Invaliditätspension.

Arbeitsmarktchancen steigern

Ziel des neuen Angebotes ist es, die Lebenssituation der Klient*innen zu verbessern. „Damit steigen auch die Chancen in den Arbeitsmarkt einzusteigen", so Geschäftsführer Gernot Reinthaler vom ÖZIV-Bundesverband.

Kompetent und vertrauensvoll

Die Angebotsleiter*innen sind sich einig: „Wichtig ist uns die Schaffung einer Vertrauensbasis, um Menschen mit Behinderungen bestmöglich zu beraten."
Die inklusiven Teams verfügen über umfassende Ausbildungen und Berufserfahrungen. Bei umfangreichen Fragestellungen arbeiten die Berater*innen eng mit sozialen Einrichtungen zusammen oder informieren über weiterführende Angebote.

Eine Aufnahme in die Angebotsschiene SUPPORT Coaching oder ein Einstieg in eine arbeitsfördernde Maßnahme ist nach Klärung der Grundproblematik durch SUPPORT BERATUNG möglich. Die Angebote sind kostenlos und werden vom Sozialministeriumsservice finanziert. ■

ÖZIV BUNDESVERBAND
Für Menschen mit Behinderungen

ÖZIV SUPPORT Beratung

www.oeziv.org/beratung

Wien Kontakt: 01/513 15 35-25
reinhard.leitner@öziv.org

Salzburg Kontakt: 0662/45 40 06
support@oeziv-salzburg.at

Tirol Kontakt: 0512/57 19 83-17

Foto: Pixabay

Interessenvertretung in Krisenzeiten

Corona-Krise hat uns fest im Griff

Von Gabriele Sprengseis

Unser Leben hat sich komplett geändert. Plötzlich können wir Überträger eines gefährlichen Virus sein, ohne dass wir selber Symptome einer Erkrankung haben oder erkennen. Jeder und jede einzelne ist zu einer echten Gefahr für den Mitmenschen geworden, und das ist auf der ganzen Welt so.
Die Weltgesundheitsorganisation hat am 11. März 2020 die Covid-19 Pandemie ausgerufen. Die Bundesregierung hat angesichts der dramatischen Situation im Nachbarland Italien rasch reagiert und einschneidende Maßnahmen gesetzt. Das Ziel dabei ist, die Ausbreitung der Erkrankung zu verlangsamen um so ein Kollabieren des Gesundheitssystems zu vermeiden. Der Schutz der Gesundheit hat höchste Priorität. Die Bevölkerung wurde auf Zusammenhalten durch Abstandhalten und Durchhalten eingeschworen. Vor allem geht es um den Schutz von älteren Menschen sowie von Menschen, die ein höheres Risiko haben, sehr schwer am Corona-Virus zu erkranken.

Neue unbekannte Krankheit

Die Krankheit COVID-19, ausgelöst vom Krankheitserreger SARS-CoV-2,

ist völlig neu und wurde mit Jahresende 2019 erstmals in China bekannt. Weit über 1 Million Menschen haben sich infiziert und sehr viele sind an Covid-19 mittlerweile verstorben. Die Neuartigkeit der Krankheit ist das Gefährliche, es gibt noch keine Immunität. Die Spannbreite im Krankheitsverlauf ist sehr groß, von gewöhnlichen Erkältungserscheinungen bis hin zu lebensbedrohlichen Lungenerkrankungen. Manche Vorerkrankungen erhöhen das Risiko enorm, an dem Virus und den Folgen zu sterben. Der Virus setzt der Lunge so stark zu, dass erkrankte Menschen nicht mehr genug Luft bekommen. Deshalb braucht es eine hohe Anzahl an Betten auf der Intensivstation und Beatmungsgeräten in den Krankenhäusern. Medikamente sowie eine wirkungsvolle Impfung müssen erst noch entwickelt werden.

Schutzmaßnahmen und neue Normalität

Alle Menschen müssen mithelfen, die Ausbreitung der neuen Krankheit zu verhindern. Die ersten Schutzmaßnahmen der Bundesregierung lauten: **Bleib zu Hause! Regelmäßig Hände waschen! Abstand halten (mindestens einen Meter)! In Ellenbogen niesen und husten! Sozialkontakte vermeiden! Nicht Händeschütteln! Nicht ins Gesicht greifen!** Der Slogan lautet: Schau auf dich, schau auf mich. Diese Maßnahmen gelten noch immer, weitere sind dazu gekommen. „Social Distancing“ wird zur neuen Normalität. Es gibt lediglich vier Gründe, das zu Hause zu verlassen: Einkaufen gehen, arbeiten gehen, anderen Menschen helfen und frische Luft schnappen. Letzteres darf man jedoch nur alleine oder mit jenen Menschen, mit denen man zusammenlebt. Auch das Tragen einer Maske gehört zur neuen Mentalität. Beim Betreten eines Lebensmittelgeschäftes ist es Pflicht, die Nase und den Mund mit einem Tuch, einem Schal oder einem Mund-Nasen-Schutz zu bedecken. Damit kann man zwar nicht sich selber schützen. Aber für den Fall, dass man den Virus schon hat, trägt der Mund-Nasen-Schutz wesentlich dazu bei, das Virus nicht an andere Menschen weiter zu geben. Das neue am Corona-Virus ist, dass infizierte Menschen sehr lange andere Menschen anstecken können, ohne dass sie selber irgendwelche Symptome haben. Mit den Maßnahmen soll eine Ansteckung verhindert und eine Überlastung des Gesundheitssystems vermieden werden.

Home-Office und Video-Meetings

Der Österreichische Behindertenrat hat rasch reagiert und die Mitarbeiter*innen sind mit 16. März ins Home-Office gewechselt. Einige Kolleg*innen wurden aufgrund des hohen Risikos dienstfrei gestellt und einige haben Sonderurlaub aufgrund von Betreuungspflichten. Der Parteienverkehr für den Euro-Key pausiert. Einmal täglich gibt es ein Video-Meeting im Team, um die Aufgaben abzustimmen und wichtige Informationen für die Mitglieder aufzubereiten. Der Arbeitsalltag hat sich sehr stark verändert, es gibt viel mehr Telefonate und noch viel mehr Emails als sonst. Auch Präsident Herbert Pichler und das Präsidium sind gut in die digitale Arbeitsweise eingebunden.

Forum Selbstvertretung

Die Mitglieder des Forum Selbstvertretung haben kreative Wege gefunden, in den Zeiten der Corona-Krise weiter zu arbeiten. Sie können sich zwar nicht per Video-Konferenz treffen, erarbeiten aber Fragestellungen per Email und Telefon. Wenn jemand kein Email hat, hilft eine Kollegin bzw. ein Kollege weiter und schreibt und verschickt die Texte. Wenn kein Computer vorhanden ist, dann wird handschriftlich gearbeitet, das macht zum Beispiel unser Präsidiumsmitglied Andreas Zehetner. Da kein direkter Kontakt erlaubt ist, werden seine Antworten von Mitarbeiter*innen in der Wohneinrichtung eingescannt und an die Unterstützerin des Forums per Mail geschickt. Wenn keine schriftliche Kommunikation möglich ist, werden die Fragen am Telefon beantwortet und von der Unterstützerin aufgeschrieben. Menschen mit Lernschwierigkeiten haben auch so die Möglichkeit weiter an den wichtigen Themen mitzuarbeiten. Partizipation ist auch in der Corona-Krise möglich.

Gesetzesflut und viele Verordnungen

Große Sammelgesetze wurden in sehr kurzen Verfahren vom Nationalrat beschlossen. Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen werden in der Flut von neuen Gesetzen und Verordnungen viel zu leicht übersehen. Durch viele gute Kontakte, insbesondere auch zu den Behindertensprecherinnen der Parteien, konnten auf die Anliegen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen aufmerksam gemacht werden.

Im Beraterstab des Gesundheitsministers fehlt eine Vertretung von Menschen mit Behinderungen. Das führt dazu, dass Menschen mit Behinderungen zu wenig mitbedacht werden. Trotzdem merken wir, es ist der große Wunsch von allen, gute Entscheidungen zu treffen. Der Österreichische Behindertenrat ist präsent. Interessenvertretung ist gerade jetzt sehr wichtig. ■

Die Letzten auf der Liste

Soziale Anliegen werden kaum gehört

Von Gabriele Sprengseis und Heidemarie Egger

Foto: Pixabay

Große Gesetzespakete wurden vom Nationalrat in sehr kurzer Zeit beschlossen. Stellungnahmen dazu waren nicht möglich. Übergeordnetes Ziel ist der Schutz der Menschen durch die Eindämmung des Corona-Virus und die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems. Die Maßnahmen der Krisenbewältigung haben enorme Auswirkungen auf die Wirtschaft. Mit einem Krisen-Fonds werden Unternehmen gestützt und Arbeitsplätze sollen erhalten bleiben. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit schlagartig auf eine noch nie da gewesene Höhe geschnellt. Das soziale Gefüge, eine wesentliche Säule in unserer Gesellschaft, wird viel zu wenig gestützt und die sozialen und behindertenpolitischen Anliegen gehen in der Fülle fast unter.
Mit vielen Telefonaten und Veröffentlichungen versucht der Österreichische Behindertenrat auf die besondere Betroffenheit von Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen. Durch den Zusammenhalt unter den Vereinen und mit Hilfe der Behindertensprecherinnen der Parteien konnte einiges erreicht werden. Sehr vieles ist aber noch unklar und muss nachgebessert werden.

Ökonomische Grenzen der Vereine

Für viele Behindertenorganisationen ist die Situation unsicher. Es fehlt die Garantie, dass die Ausfälle von der Regierung, wie für die Unternehmen, aufgefangen werden. Durch die behördliche Anordnung zur Schließung oder auch Teil-Schließung von Einrichtungen kommt es zu Einnahmenverlusten, obwohl die Kosten natürlich trotzdem anfallen. Übliche Aufträge fallen weg, Veranstaltungen müssen abgesagt werden und auch die Mitgliedsbeiträge in den Vereinen werden geringer ausfallen, weil sich die Menschen in der Krise diese nicht mehr leisten können. Das Spendenaufkommen ist unsicher, den in schwierigen Zeiten neigen Menschen dazu, vor allem für sich selber zu sparen. Die Vereine brauchen Geld, um die nötige Schutzausrüstung bezahlen zu können. Auch die Ausstattung von Home-Office-Arbeitsplätze in den Vereinen und Selbsthilfegruppen kostet Geld. Diese Positionen sind weder in den Budgets noch in den Verträgen enthalten und müssen berücksichtigt werden. Derzeit beschreiten die Bundesländer sehr unterschiedliche Wege in der Hilfestellung der Organisationen und Vereine in der Krise. Alle Förder- und Leistungsverträge müssen vom Bund und den Ländern ausnahmslos eingehalten und die Ausfälle sowie die Mehraufwendungen abgegolten werden. Es sind die Behindertenorganisationen, die zur Bewältigung der Ausnahmensituation wesentlich beitragen und damit die Kapazitäten des Gesundheitssystem entlasten.

Mitbestimmung auch in der Krise

Schon am 16. März hat Präsident Herbert Pichler in einer Aussendung an die Solidarität in der Gesellschaft appelliert, um gut durch die schwierige Zeit zu gelangen. Beim zweiten Covid-19-Gesetzespaket vom 21. März konnte erreicht werden, dass der 3-wöchige Sonderurlaub auch für Angehörige von Menschen mit Behinderungen gilt. Allerdings ist auch eine Sonderfreistellung für alle Personen, die während der Corona-Krise Menschen mit Behinderungen unentgeltlich betreuen, erforderlich. Weiter wurde der Begünstigten-Kreis des Härtefallfonds auf den gemeinnützigen Sektor erweitert. Das soll die langfristige Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen und ihre Unterstützungsstrukturen sichern. Menschen mit Behinderungen müssen in die Ausarbeitung und Umsetzung des Pflegepakets einbezogen werden. Das Gesundheitssystem kann nur dann entlastet werden, wenn die Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen aufrecht bleiben. Das erfordert eine rasche Ausgabe von Schutzausrüstung für die Unterstützer*innen in ganz Österreich.

Partizipation jetzt!

Warum sind Menschen mit Behinderungen, ihre Angehörigen und Unterstützer*innen immer die Letzten auf der Liste? Die Letzten, die Unterstützung erhalten. Die Letzten, die Schutzausrüstung erhalten. Die Letzten, auf die gehört wird. Sie sind einfach die Letzten, an die gedacht wird, weil sie in den uns jetzt leitenden Gremien, Krisenstäben, Expert*innenrunden fehlen. Das Leben von Menschen mit Behinderungen und Menschen mit chronischen Erkrankungen passt nicht zum Schema F auf das jetzt alle Maßnahmen und Regelungen gemünzt werden. Sie müssen selbst gehört werden. Daher fordern wir dringend, dass Vertreter*innen von Behindertenorganisationen in den nationalen Krisenstab und in die Landes-Krisenstäbe mit einbezogen oder zumindest regelmäßig zugezogen werden.

Es wird dauern.

Menschen mit Behinderungen und Menschen mit chronischen Erkrankungen gehören zu jener Gruppe, die in Bezug auf die COVID-19 Pandemie den längsten Atem haben werden muss. Nicht nur weil viele aus medizinischer Sicht zur Risikogruppe gehören, sondern auch weil viele Menschen mit Behinderungen von Unterstützer*innen abhängig sind. Durch fehlenden Schutz werden die Unterstützungsstrukturen zu Gefahrenherden. Ganz zu schweigen davon, was für eine Höchstleistung Menschen mit Behinderungen und Menschen mit chronischen Erkrankungen gerade jetzt erbringen müssen, um sich in dieser neuen Situation zurechtzufinden.

Behindertenrat

"Dass unser Input wertvoll und wichtig ist, zeigen die Änderungen und Ergänzungen (z.B. die der Sonderbetreuungszeit nach dem AVRAG), die es in den letzten Wochen gegeben hat. Gemeinsam können wir von Vornherein die richtigen Wege für Menschen mit und ohne Behinderungen beschreiten. Bezieht die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen rechtzeitig mit ein, es ist zum Nutzen aller!“ fordert Herbert Pichler, Präsident des Österreichischen Behindertenrates und Präsident des ÖZIV Bundesverbandes.

Behindertenanwalt

Behindertenanwalt Hansjörg Hofer ergänzt: „In Österreich leben 1,4 Millionen Menschen mit Behinderungen, das sind rund 15 % der Bevölkerung. Viele davon gehören aufgrund von Vorerkrankungen oder des Alters zu den besonders gefährdeten Personen. Es ist dringend notwendig, die Bedarfe dieser Menschen wahrzunehmen und unter Einbindung Betroffener Lösungen zu finden. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht länger ignoriert werden.“

KOBV

„Gemeinnützige Vereine geben ihr Bestes, Menschen mit Behinderungen durch physische und psychische Hilfe gut durch die COVID-19 Pandemie zu bringen, stoßen jedoch zunehmend an ihre ökonomischen Grenzen. Bund und Länder sind daher dringend (auf-)gefordert, neben den für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer*innen vorgesehen Hilfen, besondere Unterstützungsmaßnahmen zu kreieren, sodass diese Organisationen, die so viel zur Bewältigung dieser Ausnahmesituation beitragen, abgesichert werden,“ weist Michael Svoboda, Präsident des KOBV Österreich hin.

Lebenshilfe

„Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen zählen in vielerlei Hinsicht zu den Hauptbetroffenen der Coronakrise. Einerseits, weil sie eben aufgrund der Behinderungen zur besonderen ‚Risikogruppe‘ zählen und des besonderen Schutzes und der besonderen Unterstützung in ihrem Lebensalltag bedürfen, und andererseits, weil sie in ihrer sozialen und gesellschaftlichen Situation (Isolation) überproportional betroffen sind. Ebenso sind wir als Organisationen für das Gesundbleiben der Gesellschaft und die Sicherheit unserer engagierten Mitarbeiter*innen verantwortlich,“ so Lebenshilfe-Präsident Germain Weber.

Die Krise geht vorbei.

Die Corona-Krise hat uns fest im Griff. Es wird länger dauern, bis wir wieder in einen gewohnten Alltag zurückkehren können. Der Rücklauf in den Zahlen der Covid-19 infizierten und erkrankten Menschen zeigt, dass der richtige Weg eingeschlagen worden ist. Es gibt bereits einen Plan zur Rückkehr in die Normalität, ob dieser Plan hält, ist natürlich offen. Klar ist aber schon jetzt: Es muss viel mehr getan werden, damit Partizipation und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen auch in einer Krisenzeit selbstverständlicher Bestandteil bei Entscheidungen und Maßnahmen sind.
Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind Menschenrechte, gerade in der Krise.

Alle aktuellen Informationen gibt es auf unserer Website, auf Facebook und auf Twitter. ■

Informationen zum Corona-Virus in Leichter Sprache

Was ist das Corona Virus?

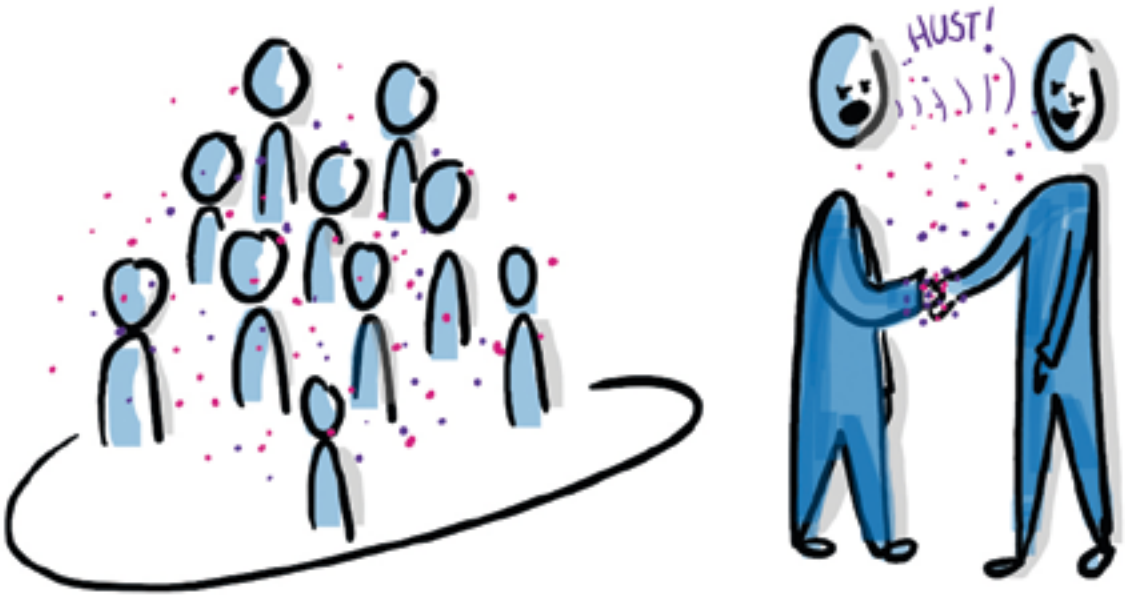
Ein Virus kann Menschen krank ma

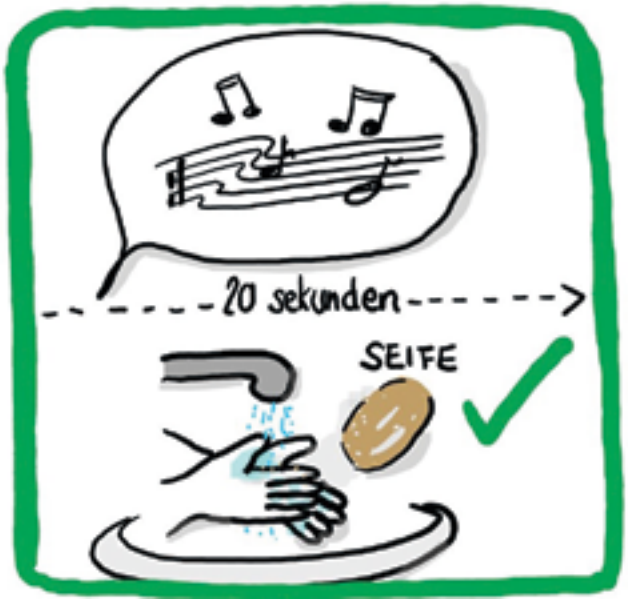
Ein Virus ist so klein,
dass ich es mit den Augen
nicht sehen kann.

Das Corona Virus kann Menschen krank machen

Wie kann ich das Corona Virus bekommen?

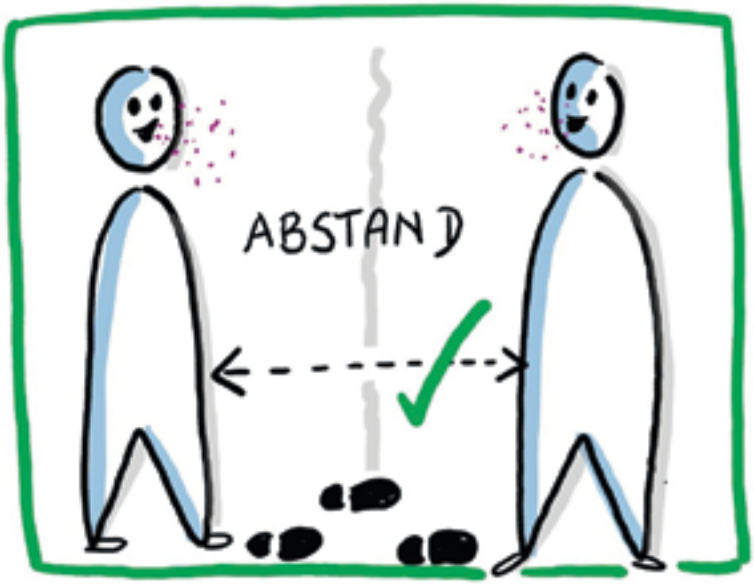
Wenn Sie mit einem Menschen, der schon Corona Virus hat, in engen Kontakt kommen.
Das heißt:
Wenn sie eng beisammen stehen. Wenn sie sich die Hand geben.
Wenn sie sich umarmen. Wenn sie sich anhusten.





Wie kann ich mich vor dem Corona Virus schützen?

- Treffen Sie keine anderen Menschen!
- Niesen und husten Sie in den Ellbogen!
  Nicht in die Hand!
- Waschen Sie sich die Hände mit Seife!
  Zählen Sie dabei bis 20 oder singen Sie ein kurzes Lied dabei.
- Wenn Sie anderen Menschen begegnen,
  zum Beispiel beim Einkaufen
  halten Sie zwei Schritte Abstand!
- Greifen Sie sich nicht mit den Händen ins Gesicht!



Wie merken Sie, dass Sie das Corona Virus haben?

- Wenn Sie schwer Luft bekommen.
  Dazu sagen wir Atem-Beschwerden.
- Fieber
- Husten

Zu diesen Anzeichen sagen wir: Symptome.

Was tue ich, wenn ich diese Symptome habe?

- Bleiben Sie zu Hause.
- Rufen Sie Ihre Haus-Ärztin oder Ihren Haus-Arzt an.
- Oder rufen Sie beim Gesundheits-Telefon an: Das ist die Nummer: 1450
  Bitte nur anrufen, wenn Sie Symptome haben!

Wo kann ich anrufen, wenn ich Hilfe brauche?

Für allgemeine Fragen rufen Sie hier an:
Das ist die Nummer: 0800 555 621
Wenn Sie Symptome haben rufen Sie das Gesundheits-Telefon an.
Das ist die Nummer: 1450

Ich wohne im **Burgenland!**	Rufen Sie die allgemeine Nummer an: Das ist die Nummer: 0800 555 621
Ich wohne in **Kärnten!**	Rufen Sie das Corona-Virus-Telefon an: Das ist die Nummer: 050 536 53 003
Ich wohne in **Niederösterreich!**	Rufen Sie beim Bürger-Service-Telefon an: Das ist die Nummer: 02742 9005 9005
Ich wohne in **Oberösterreich!**	Wenn Sie sehr traurig sind oder große Angst haben, rufen Sie diese Nummer an: 0732 2177 Für Fragen zur 24-Stunden-Betreuung rufen Sie diese Nummer an: 0732 7720 78 333
Ich wohne in **Salzburg!**	Rufen Sie das Corona-Telefon an: Das ist die Nummer: 0662 8042 4450
Ich wohne in der **Steiermark!**	Wenn Sie sehr traurig sind, oder große Angst haben, rufen Sie diese Nummer an: 0664 8500 224
Ich wohne in **Tirol!**	Rufen Sie das Corona-Telefon an: Das ist die Nummer: 0800 80 80 30
Ich wohne in **Vorarlberg!**	Rufen Sie die allgemeine Nummer an: Das ist die Nummer: 0800 555 621
Ich wohne in **Wien!**	Wenn Sie Hilfe im Alltag brauchen. Rufen Sie beim Nachbarschafts-Telefon an. Das ist die Nummer: 01 245 03 259 60 Wenn Sie zur Risiko-Gruppe gehören rufen Sie hier an: 01 4000 4001

Leicht Lesen
www.leichtlesen.at Texte besser verstehen

© Leicht Lesen – Texte besser verstehen.
www.leichtlesen.at

Petra C. Plicka
Flipchartist

Petra Plicka hat die Bilder für diesen Text gemacht.
www.plicka.com

MonitoringAusschuss
Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Dem Unabhängigen Monitoring-Ausschuss ist es wichtig, dass ALLE Informationen bekommen. Danke, dass es diesen Text in Leichter Sprache gibt!

Foto: Pixabay

COVID-19 raubt der Welt den Atem

Internationale & europäische Gremien zur Pandemie

Von Gudrun Eigelsreiter

Schon zu Beginn der COVID-19 Krise setzten sich viele europäische und internationale Organisationen dafür ein, Menschen mit Behinderungen in alle Katastrophenpläne und politischen Maßnahmen miteinzubeziehen. Denn bald haben sich in vielen Staaten ähnliche Problemstellungen abgezeichnet:
Wie ist das mit der Persönlicher Assistenz bei gleichzeitigem „Social-Distancing-Gebot"? Wie kommt man zu Schutzausrüstung? Wie werden Menschen mit Lernschwierigkeiten, die bis jetzt keinen Anspruch auf Persönliche Assistenz haben, momentan unterstützt? Was passiert mit Menschen, die sich in Psychiatrien oder anderen Institutionen befinden? Sind die Informationen zu COVID-19 von öffentlichen Stellen barrierefrei zugänglich?

Was bis Anfang April 2020 geschah

Der **Österreichische Behindertenrat** setzte sich Mitte März mit allen österreichischen Abgeordneten des EU-Parlaments in Verbindung, um sie aufzufordern, ihr politisches Handeln während der COVID-19 Krise inklusiv zu gestalten und Menschen mit Behinderungen einzubinden. Das **Europäische Behinderten Forum (EDF)** hat sich an alle europäischen und nationalen Entscheidungsträger*innen gewendet. Sie wurden eindringlich aufgefordert, in alle Katastrophenpläne und Pandemiegesetze Menschen mit Behinderungen miteinzubeziehen, sowie alle Informationen von öffentlichen Stellen in barrierefreien Formaten verfügbar zu machen. Weiters hat das EDF, nach Rückmeldungen von einigen EU-Staaten, deren Gesundheitsversorgung vor dem Kollaps steht, eine Stellungnahme zu medizinischen Richtlinien veröffentlicht. Diese brauchen eine ethische Ausrichtung und dürfen keinesfalls diskriminierend sein. Sie müssen dem internationalen Recht und vorhandenen, ethischen Richtlinien für Pflege und Betreuung im Katastrophenfall entsprechen: ALLE Menschen müssen unabhängig von Behinderung, Geschlecht, Alter, Ethnie, etc. behandelt werden. Die Vizepräsidentin des EDFs Ana Peláez macht auf das erhöhte Risiko für Frauen und Mädchen mit Behinderungen Gewalt zu erleben, aufmerksam. Genauso weist sie auf die unbezahlte Pflegearbeit für ältere Angehörige hin, die meist von Frauen ausgeübt wird, unabhängig davon, ob sie selbst Behinderungen haben oder nicht. Das EDF hat auch Richtlinien für Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen veröffentlicht, um während der COVID-19 Krise geschlechtsspezifische Schritte für Frauen und Mädchen mit Behinderungen setzen zu können.

Internationale Vereinigung für Menschen mit Behinderungen (IDA)

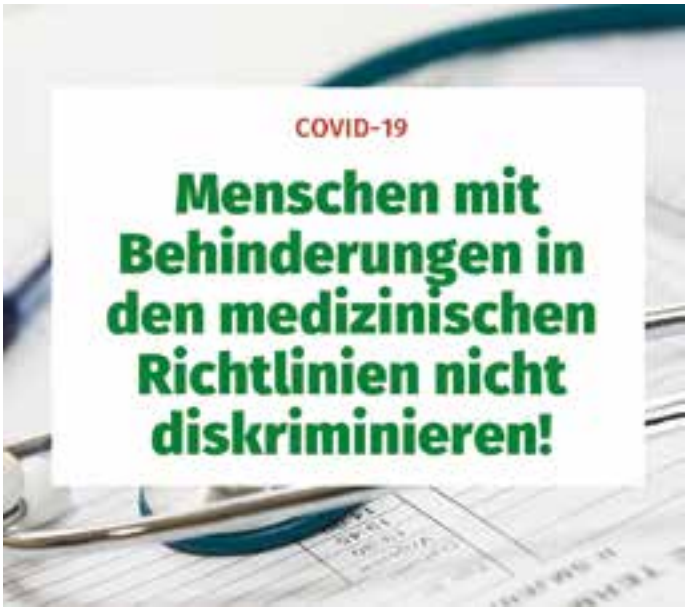
IDA veröffentlicht auf ihrer Website regelmäßige Updates zur weltweiten Situation von Menschen mit Behinderungen in der COVID-19 Krise.

Die **UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen Catalina Devandas** hat sich mit ihrem Appell „Wer schützt die Rechte von Menschen mit Behinderungen während der COVID-19 Pandemie?“ auf UN-Ebene Gehör verschafft. Sie wurde von vielen Menschen mit Behinderungen kontaktiert und um Unterstützung gebeten. Unter anderem betont sie die Bedeutung von zusätzlicher, finanzieller Hilfe, um das Armutsrisiko von Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien in der Krise nicht weiter zu erhöhen. Weiters thematisiert sie problematische Ausfälle von Unterstützungsangeboten und die schlimme Situation von Menschen, die in institutionellen Settings leben müssen. In diesen Einrichtungen ist nicht nur die Ansteckungsgefahr sehr groß, sondern auch das Risiko Gewalt zu erleben. Erschwerend kommt hinzu, dass es durch die in fast allen Ländern geltenden Notfallverordnungen kaum noch Kontrollen von außen gibt.

Die international tätige **Gruppe zur Katastrophenrisikominimierung** hat sich an UN-Generalsekretär Antonio Guterres gewendet, um auf die vielen Mängel hinzuweisen, die Menschen mit Behinderungen in der Krisensituation erleben. Angefangen bei fehlender Schutzausrüstung für sich selbst und Persönliche Assistent*innen bis hin zu mangelndem Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Gegenwärtig treten ohnehin vorhandene Probleme noch stärker zum Vorschein und die mangelnde, gesellschaftliche Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen wird überdeutlich.

Die Krise birgt aber – neben all den negativen Folgen – auch Potential für positive Veränderungen von schon lang bestehenden Missständen. Das Lobbyieren auf europäischer und internationaler Ebene ist deshalb gerade jetzt umso wichtiger, da hier getroffenen Entscheidungen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen, als wegweisende Vorgaben für nationalstaatliche Politik dienen.

Alle hier angesprochenen Veröffentlichungen sind auf der Website des Österreichischen Behindertenrats in einer deutschen Übersetzung abrufbar. ■



Infobox

www.behindertenrat.at
Ansprechpartnerin Gudrun Eigelsreiter
g.eigelsreiter@behindertenrat.at

Trotz COVID-19 im Einsatz

Krise verändert Arbeit der Erwachsenenvertretung

Von Karina Lokosek

Via Telefon wird weiterhin unterstützt

Foto: Pixabay

Die aktuellen Ereignisse und Maßnahmen rund um die COVID-19-Pandemie haben alle drei Fachbereiche bei VertretungsNetz herausgefordert. Auch viele Erwachsenenvertreter*innen arbeiten seit einigen Wochen im Homeoffice, gemäß der Vorgabe der Bundesregierung, soziale Kontakte zu vermeiden, um weitere Coronavirus-Infektionen zu verhindern. Die regulären Öffnungszeiten der Standorte wurden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Beratungen erfolgen ausschließlich telefonisch oder per E-Mail. Schulungen für angehende Erwachsenenvertreter*innen finden voraussichtlich bis Ende Juni nicht statt.

„Am wichtigsten ist es zurzeit, die Grundversorgung für unsere Klient*innen sicherzustellen", betont Andreas Gschaider, Fachbereichsleiter Erwachsenenvertretung bei VertretungsNetz. „Viele Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder psychischer Erkrankung sind nun besonders auf Unterstützung angewiesen. Es geht einerseits um die medizinische und soziale Versorgung, aber auch darum, zu organisieren, dass die Betroffenen Lebensmittel und andere dringend erforderliche Güter des täglichen Bedarfs erhalten. Einige Klient*innen haben keine Bankomatkarte und sind auf Barauszahlungen angewiesen. Für sie stellen wir an den Standorten die Versorgung sicher", so Gschaider.

Clearing und Registrierung nur in dringenden Fällen

In jedem neuen Verfahren zur Bestellung einer gerichtlichen Erwachsenenvertretung nehmen die Mitarbeiter*innen von VertretungsNetz Kontakt zur betroffenen Person und dem sozialen Umfeld auf, um Alternativen zu finden, die mehr Selbstbestimmung ermöglichen („Clearing"). Angesichts der COVID-19 Pandemie gilt es aber nun, das Risiko einer Infektion sowohl für Klient*innen und deren Bezugspersonen als auch für Mitarbeiter*innen zu vermeiden. „Wir bemühen uns daher, wichtige Kontakte – wo es möglich ist – per E-Mail oder Telefon aufzunehmen" erklärt Gschaider. Das müssen die Mitarbeiter*innen ohnehin, wenn sich Klient*innen in Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen befinden. Denn diese Einrichtungen sind aktuell mit einem allgemeinen Besuchs- und Betretungsverbot belegt.

Die Gerichte haben ihren Betrieb vorerst bis Ende April stark eingeschränkt. Mündliche Verhandlungen und persönliche Anhörungen werden nur in dringenden Fällen

durchgeführt. Laufende verfahrensrechtliche Fristen wurden bis 30. April 2020 unterbrochen und beginnen am 01. Mai neu zu laufen. Man braucht sich als Betroffene/r oder Angehörige/r vorerst also keine Sorgen zu machen, eine Frist zu versäumen. Im Zweifelsfall kann man sich telefonisch oder per E-Mail an den jeweils zuständigen Standort bei VertretungsNetz wenden, muss aber unter Umständen mit Wartezeiten rechnen.

„Die Erreichbarkeit an den Standorten ist trotz unserer Bemühungen derzeit eingeschränkt,“, ersucht Andreas Gschaider um Verständnis. An alle, die vorhaben, eine gewählte oder gesetzliche Erwachsenenvertretung bei VertretungsNetz zu errichten, appelliert der Fachbereichsleiter, dies, wenn möglich noch einige Zeit aufzuschieben. ■

Kontakt

VertretungsNetz – Erwachsenenvertretung, Patientenanwaltschaft, Bewohnervertretung
www.vertretungsnetz.at

Anzeige

Anzeige

Gewalterfahrungen und Prävention

Studie zu Gewalt an Menschen mit Behinderungen

Von Hemma Mayrhofer, Anna Schachner, Sabine Mandl

Erstmals liegen österreichweit Studienergebnisse vor, wie häufig Menschen mit Behinderungen oder psychischer Erkrankung, die ihr Leben in erheblichem Ausmaß in institutionellen Settings verbringen, von psychischer, körperlicher, sexueller oder auch struktureller Gewalt betroffen sind. Das Forschungsprojekt „Erfahrungen und Prävention von Gewalt an Menschen mit Behinderungen“ wurde auf Basis eines parlamentarischen Entschließungsantrags im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführt und erhob Gewalterfahrungen in allen Lebensbereichen.
In ganz Österreich wurden in Summe 376 erwachsene Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen oder psychischer Erkrankung befragt, die in institutionellen Settings leben oder arbeiten (z.B. Wohnheime, betreute WGs, Tagesstruktur-Einrichtungen etc.). Zudem wurden 86 Interviews mit Personal aus insgesamt 43 verschiedenen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen bzw. psychischer Erkrankung geführt. Hinzu kamen Expert*innen-Interviews und vertiefende qualitative Interviews.

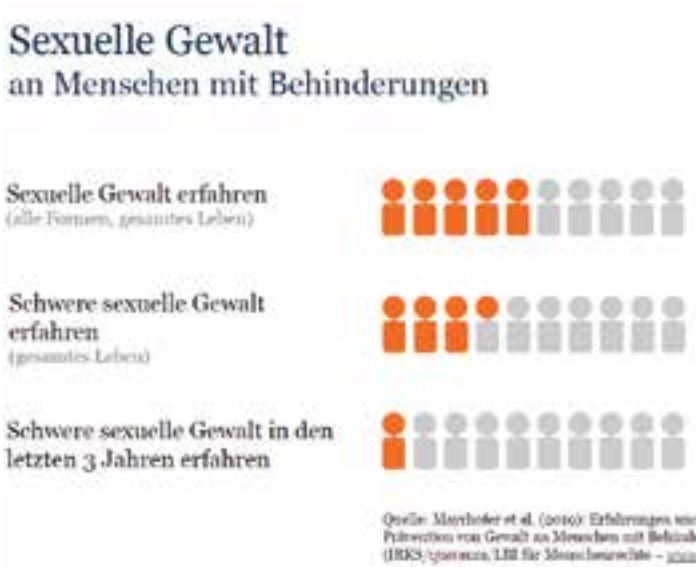
Psychische Gewalt

Mehr als acht von zehn der Befragten gaben an, in ihrem Leben bereits psychische Gewalt erfahren zu haben. Das können leichtere oder schwerere Formen sowie nur seltene oder auch häufigere Gewalterfahrungen sein. Sechs von zehn Personen ist in ihrem Leben bereits schwere psychische Gewalt widerfahren (z.B. hartnäckige Belästigung, gefährliche Drohung etc.). Ein Drittel gab an, auch in den letzten drei Jahren von schwerer psychischer Gewalt betroffen gewesen zu sein. Darunter sind Gewaltformen zu verstehen, die in höherem Ausmaß potenziell strafrechtlich relevant sind. Vergleicht man diese Ergebnisse mit einer 2011 veröffentlichten Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung zu Gewalterfahrungen von Menschen ohne Behinderung, dann deutet sich bei Menschen mit Behinderungen ein signifikant höheres Ausmaß an Gewalterfahrungen an. Letztere berichteten etwa bis zu dreimal so häufig, bereits „wiederholt hartnäckig verfolgt oder belästigt worden“ zu sein.

Körperliche Gewalt

Knapp acht von zehn befragten Personen nannten körperliche Gewalterfahrungen. Vier von zehn Personen gaben an, in ihrem Leben auch schon schwere Formen körperlicher Gewalt erfahren zu haben. Eine von zehn Personen war schwerer körperlicher Gewalt auch in den letzten drei Jahren ausgesetzt. Zudem berichteten Personen mit Unterstützungsbedarf bei Grundbedürfnissen wie Körperpflege wesentlich öfter als die anderen Befragten, in den letzten drei Jahren körperliche Gewalt erfahren zu haben. Die statistische Analyse weist darauf hin, dass der hochsignifikante Unterschied unter anderem direkt mit betreuungsrelevanten Gewaltformen

zusammenhängt (z.B. „bei Pflege- oder Betreuungstätigkeit unangemessen hart bzw. grob angefasst worden"). Und wieder zeigen sich bei Menschen mit Behinderungen insgesamt signifikant höhere Gewaltwerte als bei Menschen ohne Behinderungen. Beim Gewaltitem „getreten, gestoßen oder hart angefasst worden" ist die Gewaltbetroffenheit im gesamten Leben etwa doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Behinderung, in den letzten drei Jahren sogar bis zu viermal so hoch. Auch beim Gewaltitem „mit einer Waffe (z.B. Messer oder Pistole) bedroht worden" liegen die Werte bei Menschen mit Behinderungen oder psychischer Beeinträchtigung drei- bis viermal so hoch.



Sexuelle Gewalt

Jede zweite befragte Person mit Behinderung oder psychischer Erkrankung antwortete, in ihrem Leben bereits von sexueller Belästigung oder schwereren Formen sexueller Gewalt betroffen gewesen zu sein. Jede dritte Person berichtete über schwere Formen sexueller Gewalt mit direktem Körperkontakt. Eine von zehn Personen antwortete, solche schwere sexuelle Gewalt auch in den letzten drei Jahren erlitten zu haben. Frauen sind mit oder ohne Behinderung wesentlich öfter von sexueller Gewalt betroffen als Männer. Allerdings gaben auch Männer mit Behinderungen erheblich öfter als Männer ohne Behinderung an, sexuelle Gewalt erfahren zu haben. Frauen ohne Behinderungen nannten häufiger Formen sexueller Belästigung, während Frauen mit Behinderungen oder psychischer Erkrankung öfter schwere Formen sexueller Gewalt („hands on" bis hin zu Vergewaltigung) angaben.

Risikofaktoren für Gewalt

In der Studie konnte durch multivariate statistische Analysen Faktoren identifiziert werden, die das Risiko von Gewalterfahrungen für Menschen mit Behinderungen und psychischer Erkrankung signifikant erhöhen. Hier sollen nur zwei von mehreren wichtigen Einflussfaktoren herausgegriffen werden: Wenn Personen in einem von Lieblosigkeit und/oder körperlicher Gewalt geprägten familiären Umfeld aufwuchsen, geht damit ein wesentlich höheres Risiko einher, selbst von psychischer, körperlicher und teils auch sexueller Gewalt in allen Lebensphasen, d.h. auch als Erwachsene, betroffen zu sein.

Die Analysen verdeutlichen: In Einrichtungen mit niedrigen Personalressourcen in der Betreuung berichteten die befragten Personen signifikant öfter von Gewalterfahrungen. Dies dürfte u.a. aus ungenügend Zeit für eine personenzentrierte Betreuung resultieren, aber auch daraus, dass auf Konflikte und Gewalt zwischen Bewohner*innen der Einrichtung weniger gut reagiert werden kann. In den Expert*innen-Interviews wurde zudem thematisiert, dass unverhältnismäßige strukturelle Einschränkungen in einer Einrichtung, z.B. fehlende Rückzugsmöglichkeiten oder fixe Waschzeiten, die Autonomie und Selbstbestimmung der Menschen verletze und das Gewaltrisiko erhöhe.

Gewaltprävention und Intervention

Um Gewalt an Menschen mit Behinderungen entgegenzuwirken, braucht es verschiedenste Maßnahmen. Zentral ist, dem Aufwachsen in einem von Gewalt und Lieblosigkeit geprägten Umfeld entgegenzuarbeiten, verbunden mit therapeutischen Angeboten zur Aufarbeitung von Gewalterfahrungen. Generell ist wichtig, Information und Unterstützung bei bzw. gegen Gewalt einfach und lebensweltnah zu gestalten. Zudem sind soziale Kontakte und Vertrauenspersonen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Einrichtung ein wichtiger Schutz. Es braucht ausreichend Betreuungspersonal, verbunden mit personenzentrierten Betreuungskonzepten und Unterstützungsformen, die Partizipation und eine selbstbestimmte Lebensgestaltung ermöglichen. Hierzu zählt, dabei mitreden zu können, wer einem unterstützt. Generell ist Wahlfreiheit bezüglich der Wohn- und Unterstützungsform essenziell. ■

Infobox

Link zu im Dezember 2019 veröffentlichter Studie:
https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=718

Die eigenen Eltern klagen müssen

VertretungsNetz fordert Reform des Unterhaltsrechts

Von Karina Lokosek

Notbremse

Foto: Adobe Stock

Menschen mit Behinderungen können gezwungen werden, ihre Eltern auf finanziellen Unterhalt zu verklagen – auch, wenn sie längst volljährig sind. In Wien verhältnismäßig neu, ist dies in anderen Bundesländern schon seit langem eine übliche, beschämende Praxis.

Marlene Reisig (Name geändert) ist 22 Jahre alt. Zu ihrer intellektuellen Beeinträchtigung kam im Jugendalter eine psychische Erkrankung. Mit Frau Reisigs Volljährigkeit wurde eine gerichtliche Erwachsenenvertretung (vormals: Sachwalterschaft) für sie bestellt. Durch diese Unterstützung und mit dem Anspruch auf Mindestsicherung schaffte Frau Reisig einen großen Sprung in die Selbständigkeit: Sie konnte aus der Wohneinrichtung für junge Erwachsene in eine eigene Wohnung übersiedeln. Die Freude hielt jedoch nicht lange an: Die Magistratsabteilung 40, zuständig für die Auszahlung der Mindestsicherung in Wien, verlangt nun von Frau Reisig, ihre Mutter auf Unterhalt zu verklagen. Konkret werden 280 Euro monatlich gefordert.

Auch die Mutter von Frau Reisig ist geschockt: Sie arbeitet als Verkäuferin, muss pendeln und hat drei weitere Kinder unter 18 Jahren zu versorgen. Nun ist sie ratlos, wie sich das in Zukunft finanziell ausgehen soll. Der Erwachsenenvertreterin von Frau Reisig sind die Hände gebunden: Wenn sie die Klage nicht einbringt, wird die Leistung ihrer Klientin entsprechend gekürzt, ihr Lebensunterhalt kann so nicht mehr abgedeckt werden.

„Seit der Novelle der Mindestsicherung 2018 kann auch in Wien von erwachsenen Menschen mit Behinderungen verlangt werden, dass sie ihre Eltern auf Unterhalt verklagen, wenn sie als „nicht selbsterhaltungsfähig“ gelten. Der Druck ist hoch, denn wenn sich die Betroffenen weigern, wird die Leistung empfindlich gekürzt. Nach unseren Beobachtungen wird die Bestimmung nun immer öfter auch vollzogen, und zwar bei Personen bis zum 25. Lebensjahr“, erklärt Andreas Gschaider, Fachbereichsleiter Erwachsenenvertretung bei VertretungsNetz.

Praxis in Niederösterreich

Behörden in anderen Bundesländern gehen noch schärfer vor: In Niederösterreich werden längst volljährige Betroffene sogar gezwungen, ihren Eltern einen Teil der – oftmals geringen – Pensionsleistungen per Unterhaltsklage wegzunehmen.

„Erwachsene Menschen mit Behinderungen gelten ihr Leben lang als Kinder – das widerspricht klar der UN-Behindertenrechtskonvention. Und dann wird noch von den Eltern verlangt, als Lückenbüßer für den Sozialstaat einzuspringen. Das ist beschämend! Und da reden wir noch gar nicht von der massiven emotionalen Belastung der Familienbeziehungen, wenn die eigenen Eltern verklagt werden müssen“, kritisiert Gschaider.

Durch eine Änderung der entsprechenden Bestimmung zum Unterhalt im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) könnte diese Praxis der Behörden beendet werden. „Wir sind erfreut über die Absichtserklärung der neuen Bundesregierung, in diesem Bereich etwas für die Betroffenen zu tun“, so Gschaider. „Es bleibt zu hoffen, dass hier möglichst bald die Notbremse gezogen wird, denn unsere Erwachsenenvertreter*innen berichten von vielen dramatischen Fällen“. ■

Was Tanz für mich bedeutet

Mein Weg als Sportlerin und Moderatorin

Von Miriam Labus

Miriam Labus, fast 40, Betonung liegt auf FAST. Obwohl ich mein Leben lang viel jünger geschätzt werde, und oft auch darunter leide, 40 klingt schon irgendwie alt. Trotzdem möchte ich kein Jahr missen, denn die Jahre zwischen 30 und 40 waren für mich die prägendsten und wichtigsten bisher. „In den letzten 10 Jahren hast du dich stark weiterentwickelt, ohne dich dabei zu verändern!“ Das war eines der schönsten Komplimente, das ich von meinem Chef bekommen habe, der mich seit über 15 Jahren kennt. So lange arbeite ich schon beim ORF hinter den Kulissen als Produktionsleiterin und seit zwei Jahren moderiere ich „Ohne Grenzen“ das Behindertensport Magazin.

Tanzsportevent in Serbien Foto: Miriam Labus

Ich war nie schüchtern, ruhig oder zurückhaltend. Seit meiner Geburt bin ich querschnittgelähmt und wurde sehr selbstbewusst erzogen. Meine Behinderung stellte nie ein Problem dar, weder für meine Familie, noch für meine Freund*innen. Deshalb vermisste ich den Kontakt zu anderen Rollstuhlfahrer*innen nicht. Irgendwann kam ich aber an dem Punkt in meinem Leben an, an dem ich die Vorstellung, auch Freund*innen im Rollstuhl zu haben, sehr bereichernd fand.

Der Sport erschien mir eine gute Möglichkeit in Kontakt mit anderen Rollstuhlfahrer*innen zu treten. Ich dachte: „Ich probier‘ das Tanzen, wenn es mir keinen Spaß macht, geh ich Basketball spielen, dort sind die coolsten Burschen.“ Zu Beginn war das Tanztraining Mittel zum Zweck. Ich nahm in erster Linie teil, um andere Menschen im Rollstuhl kennenzulernen. Im Verein fühlte ich mich schnell wohl und die Trainer sahen in mir bald großes Potential und viel Talent.

Eine Freundin stellte mir Patrick Berger, meinen späteren Tanzpartner, vor. Ursprünglich war es nicht sein Plan, wieder zu tanzen, aber ich bin froh, dass er meinem Charme nicht widerstehen konnte.
Ein Probetraining folgte kurz darauf, und bald war der Tanzsport nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern pure Freude und Leidenschaft!

Anfangs fiel es mir am schwersten mich auf der Tanzfläche „zu präsentieren“ - im Rollstuhl gemeinsam mit anderen Rollstuhlfahrer*innen. Nicht nur einmal flossen bei mir Tränen, weil ich mit der neuen Situation überfordert war. An diese Momente denke ich jetzt schmunzelnd zurück, wenn ich im Fernsehstudio mit anderen Rollstuhlfahrer*innen sitze und das Rampenlicht gemeinsam mit meinen Interviewpartner*innen genieße.

Mein Schwager unterstellte mir, dass ich mir den Tanzsport wegen der schönen Kleider aussuchte - ganz unrecht hatte er damit nicht, das war ein wunderschöner Nebeneffekt. Doch der wahre Grund war das Glücksgefühl, das ich langsam aber sicher entwickelte, wenn ich auf der Tanzfläche stand. Vor allem wenn die lateinamerikanische Musik ertönte, fühlte ich mich zunehmend weiblicher und sexy. Ich war immer selbstbewusst, als Mensch, aber nicht so sehr als Frau. Das Selbstbewusstsein als Frau habe ich durch das Tanzen gewonnen. ■

Literaturpreis Ohrenschmaus

Einreichen bis 26. August

Von Estiverli Rafyi

Der Literaturpreis Ohrenschmaus prämiert und veröffentlicht Literatur geschrieben von Menschen mit Lernbehinderung und Schreibtalent. Eine prominente Jury rund um Felix Mitterer wählt die besten Texte aus. Der mit je € 1.000,- dotierte Literaturpreis wird jährlich an drei Autor*innen vergeben. Die ausgezeichneten Texte überzeugen ausschließlich durch ihre Qualität. Einreichungen sind bis 26. August 2020 wieder möglich.

Die Literatur lässt Lesende, die selten bis gar nie mit Menschen mit Behinderung in Berührung kommen, in eine ihnen noch unbekannte Welt blicken.

Durch die literarische Herangehensweise an das Thema Inklusion werden kontinuierlich Berührungsängste abgebaut. Der Literaturpreis wurde 2007 von Franz-Joseph Huainigg gegründet.

Gefangene Gedanken

Manchmal läßt du die Gedanken frei und manchmal sperrst du sie ein.

Gefangene Gedanken sind in deinem Kopf,
doch irgendwann werden sie ziehen.

Irgendwann werden sie ziehen und dann sind sie frei.

Nichts hält sie noch zurück und nichts hält sie noch bei dir.

Sie ziehen in die Weite hinaus, denn sie sind jetzt frei.

Sind sind jetzt frei und nicht mehr gefangen.

Zum Autor

David Tritscher, geboren 1999, wohnt in Wien und besucht seit September 2017 die IFIT-Schule. Er steht sehr gerne im Rampenlicht und liebt es, Texte zu schreiben.

Auszug aus der Jurybegründung:
„David Tritscher gelingt es mit ‚Gefangene Gedanken' auf verblüffende Weise das bekannte Volkslied von den freien Gedanken noch einmal zu wenden, um im freien Umgang die Gedanken, die bei ihm gefangen sind, noch freier zu machen. Ein nur scheinbar einfacher Text mit großer gedanklicher Tiefe, dessen Souveränität absolut preiswürdig ist." ■

Literaturpreis Ohrenschmaus

Einreichung

Einreichung von Texten bis 26. August 2020
www.ohrenschmaus.net
facebook.com/literaturpreis.ohrenschmaus

Mehr als Mode

VOI fesch 2020

Von Helmuth Stöber

Bunte Mode, bunte Menschen – so startete VOI fesch 2016 als erstes Projekt von VOI – Verein für originelle Inklusion. Das Ziel: Das künstlerische Potenzial von Menschen mit Behinderungen fördern, Talente und Fähigkeiten der Künstler*innen für die Öffentlichkeit sichtbar machen, Einschränkungen in den Hintergrund rücken.

Mode transportiert Botschaften und schafft eine nachhaltige Wirkung nach außen: Mit den einzigartigen T-Shirts und Taschen schafft das Projekt Bewusstsein für die Stärken von Menschen mit Behinderungen. Von Beginn an ist klar, durch Kooperationen und Partnerschaften kann das Ziel, eine inklusive Gesellschaft, schneller und vor allem gemeinsam erreicht werden.

Mehr als ein soziales Modelabel

Ende 2016 startet VOI fesch intensiv die Zusammenarbeit mit diversen Organisationen. Designs werden gemeinsam mit den Künstler*innen exklusiv auf Geschäftskund*innen zugeschnitten und für eine Vielzahl an Produkten gestaltet und genutzt, z.B. Etiketten, Verpackungen oder Geschenkartikel: Für das Logistikunternehmen „cargopartner“ werden T-Shirts zum Thema Logistik angefertigt. Im Rahmen von Purple-Light-Up, 3. Dezember „Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen“, gibt das Energieunternehmen „Verbund“ individuell gestaltete Porzellan-Tassen für Mitarbeiter*innen in Auftrag. Egal welcher Auftrag, es wird immer auf eine soziale und nachhaltige Produktion geachtet.

Bewusstsein schaffen & Barrieren abbauen

Begegnungen zwischen Menschen, Dialog und Kommunikation machen es möglich, Barrieren abzubauen. VOI organisiert inklusive Modenschauen, Ausstellungen und den Kunstpreis, für einen natürlichen Umgang zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen. „Die Aufmerksamkeit gilt dem Menschen hinter dem Kunstwerk, der tollen Begabung, nicht der Beeinträchtigung“, so Helmuth, Gründer und Geschäftsführer von VOI, „Menschen mit Behinderungen wollen kein Mitleid. Sie wollen Anerkennung und Teil der Gesellschaft sein“.

VOI fesch Kunstpreis 2020

Mit dem Kunstpreis 2020 bringt VOI gemeinsam mit

Sieger Kunstpreis 2018 Bernhard Quereser Foto: Sabine Zach

Servoking die Kunst auf die Straßen Österreichs. „Diesmal soll der WOW-Effekt noch größer sein!“, so Gerald Bucher von Servoking. Der zweite Kunstpreis hat tatsächlich eine wahnsinnig große Zahl an Künstler*innen mit Behinderung ermutigt: 285 Kunstwerke wurden für den Wettbewerb eingereicht. Graue Sattelauflieger, kurz LKW-Anhänger, werden zu auffälligen Botschaftern des VOI fesch Ziels. Aufgrund der COVID-19 Pandemie wurde die Preisverleihung verschoben, sie findet nun am 01. Oktober 2020 statt. Die ersten rollenden Inklusionsbotschafter setzen aber bereits früher ein klares Statement für eine inklusive Gesellschaft. „Je mehr Transport- und Speditionsunternehmen als fahrende Kunstwerke mitmachen, desto mehr können wir bewirken“ ist Helmuth motiviert.
Gemeinsam schaffen wir das Bewusstsein für eine bunte und inklusive Gesellschaft. ■

Rückfragen & Kontakt:

Helmuth Stöber | Gründer und Geschäftsführer
+43 699 133 77 511
helmuth.stoeber@voifesch.com
www.voifesch.com

"Es gibt mehr Mode für Haustiere...

...als für Rohlstuhlnutzer*innen"

Von Josefine Thom

Kleidungsstücke passen im Rollstuhl nur selten perfekt - die Hosenbeine wie beim Hochwasser, die Ärmel schleifen an den Rollstuhlrädern und das Oberteil bildet vorn eine unvorteilhafte Stoffwurst. Manchmal drücken die unnützen Hosentaschen am Po. Der verflixte Knopf, der zu enge Schnitt - Rollstuhlnutzer*innen wird das Fashion-Erlebnis nicht immer leicht gemacht.

Barrierefreie Mode

Eine Lösung des Problems: Barrierefreie Kleidung. Vorteile sind einfaches, schnelles, angenehmes und möglichst eigenständiges An- und Auskleiden, spezielle Schnitte sind für die Körperformen von Rollstuhlnutzer*innen optimiert und steigern den Modespaß. Barrierefreie Mode kann einen wichtigen Beitrag für die soziale Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung ihrer Träger*innen leisten. Denn Menschen mit Behinderungen haben einen erschwerten Zugang zu passender Kleidung für Beruf, Freizeit und besondere Anlässe. Barrierefreie Mode hat viele Vorteile für Menschen mit unterschiedlichen Ansprüchen - aufgrund von Prothesen, temporären Verletzungen, altersbedingten und kognitiven Einschränkungen oder chronischen und Autoimmun-Erkrankungen.

No Fashion, No Passion

Menschen mit Behinderungen existieren als Zielgruppe in der Modebranche praktisch nicht. Als hätten sie keinen Modegeschmack oder wären nicht individuell.

Foto: Jakob Gsöllpointner/MOB Industries

Es gibt zu wenig Hersteller, die barrierefreie Mode entwickeln. Und wenn, dann ist die Auswahl eher beschränkt: Die Hauptzielgruppe sind Senior*innen. Das Produktangebot in puncto Stoffen, Verschlüssen oder Styles ist wenig divers und zeitgemäß. Das „Verschlussproblem" wird meist mit Klettverschlüssen gelöst, die schnell mal andere Kleidungsstücke ruinieren. Auch assistierende Personen beginnen barrierefreie Mode zu schätzen, da das An- und Auskleiden weniger Zeit in Anspruch nimmt und gesundheitsschonender ist.

MOB Industries

2019 wurde in Wien MOB Industries gegründet, um frischen Wind in den Markt für barrierefreie Mode zu bringen. MOB entwickelt Designermode im mittleren Preissegment für alle Körper. Der Name ist Programm: Das MOB in MOB Industries steht für „Mode ohne Barrieren". MOB verbindet Fun, Funktion und Mode für Menschen mit und ohne Behinderungen. MOB Mode ist damit nicht nur barrierefrei, sondern inklusiv. Praktische Funktionalität trifft modischen Anspruch und neue Coolness, egal ob im Sitzen oder Stehen. Es werden die Ansprüche von Rollstuhlnutzer*innen ins Zentrum gestellt. Deshalb sind diese von Anfang an maßgeblich an der Entwicklung der Kollektionen beteiligt. Nicht nur das: In der kommenden Kollektion designt beispielsweise ein Rollstuhlnutzer eine limited edition. Zudem kooperiert MOB mit jungen Modelabels. Dadurch kann eine Bandbreite an unterschiedlichen Designs angeboten werden.

Die Mode ist bürotauglich, die Stoffe sind bequem, die Schnitte bieten mehr Spielraum und sind praktisch durchdacht. Die Produktion sitzt in Wien, es werden modernste, hochwertige Materialien und weltweit innovative Verschlusssysteme verwendet. Bald kommt eine Bio-Leinen-Kollektion - nachhaltig hergestellt in Österreich auf den Markt.

Die Langversion dieses Artikels (mit Quellenangaben) finden sie auf der Website von MOB Industries. ■

MOB Industries

www.mob-industries.com
facebook.com/mob.industries.inclusive
instagram.com/mob.industries

Her Abilities Gewinnerinnen in Wien

In der Hofburg und im Behindertenrat

Von Heidemarie Egger

Doris Schmidauer ist eine große Unterstützerin für Frauen mit Behinderungen.

Zur Zero Project Conference und zur Preisverleihung des Her Abilities Awards von Licht für die Welt kamen die drei internationalen Preisträgerinnen nach Wien. Es fand ein Austausch mit dem Kompetenzteam Frauen mit Behinderungen statt, wofür sich Maysoon Zayid und Liisa Kauppinnen (Nguyen Thi Van entschuldigte sich aus gesundheitlichen Gründen) viel Zeit nahmen. Davor durften Gabriele Sprengseis und Heidemarie Egger die Preisträgerinnen und die Initiatorin Yetnebersh Nigussie zu einem Treffen mit First Lady Doris Schmidauer begleiten.

Die drei Gewinnerinnen

Licht für die Welt hat den Her Abilities Award ins Leben gerufen, in ihrer Presseaussendung vom 21.02. schreibt über die Zeit in Wien der Her Abilities Gewinnerinnen:
Die Preise wurden in drei Kategorien vergeben: Kunst, Kultur und Sport; Rechte; Gesundheit und Bildung. Die Schauspielerin Maysoon Zayid wurde wegen ihrer körperlichen Behinderung wiederholt für Rollen abgelehnt. Sie startete daraufhin eine Karriere als Stand-Up-Comedian und tourt als Anwältin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Welt. Lisa Kauppinen setzt sich seit drei Jahrzehnten für die Rechte von gehörlosen Menschen ein und war maßgeblich an der Erarbeitung der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligt. Nguyen Thi Van förderte mehr als tausend Studierende mit Behinderungen in ihrer Berufsausbildung. Sie gründete zudem ein inklusives Sozialunternehmen und wurde von der BBC als eine der 100 Frauen des Jahres 2019 gekürt.

Die Preisverleihungen fanden am 21.02.2020 im UniCredit Center am Kaiserwasser statt.

Empfang in der Hofburg

Die drei Preisträgerinnen wurden im Rahmen der Zero Project Konferenz von Doris Schmidauer, der Frau von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, auch in der Hofburg empfangen. „Liisa Kauppinen, Maysoon Zayid und Nguyen Thi Van zeigen uns, dass die Fähigkeiten, Leistungen und Errungenschaften von Frauen zählen. Das Gespräch mit den drei Frauen und der alternativen Nobelpreisträgerin Yetnebersh Nigussie hat mich sehr beeindruckt. Alle Frauen müssen die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen, in Österreich und auf der ganzen Welt. Licht für die Welt leistet dazu hervorragende Arbeit“, so Schmidauer. ■

Her Abilities Award

www.her-abilities-award.org

Julia Moser, Isabell Naronnig, Jasna Puskaric, Beate Koch, Christine Steger und Gabriele Sprengseis

Alle Fotos: Lukas Ilgner

Sichtbar. Sicher. Selbstbestimmt.

Forderungen der Frauen mit Behinderungen

Von Heidemarie Egger

Anlässlich des Weltfrauentages zeigen sechs Expertinnen mit Behinderungen den Weg in eine Zukunft, in der Frauen mit Behinderungen sichtbar, sicher und selbstbestimmt leben.

Gabriele Sprengseis (Österreichischer Behindertenrat) veröffentlichte gemeinsam mit Christine Steger (Unabhängiger Monitoringausschuss), Jasna Puskaric (WAG Assistenzgenossenschaft), Isabell Naronnig (ZEITLUPE), Julia Moser (myAbility /Forum für Usher Syndrom und Taubblindheit) und Beate Koch (ÖZIV Steiermark) die fünf dringlichsten Forderungen der Frauen mit Behinderungen.

„Wir Frauen mit Behinderungen haben unsere Erfahrungen miteinander geteilt und erkannt, wieviel in Österreich im Argen liegt. Jetzt ist es an der Zeit, Forderungen zu stellen“, leitet Gabriele Sprengseis die nächsten Schritte ein. 2018 wurde das Kompetenzteam Frauen mit Behinderungen im Österreichischen Behindertenrat gegründet. Was als Austauschgremium begann, wurde zur Basis für Projekte und Know-How-Aufbau zur Situation von Frauen mit Behinderungen.
Die Resonanz auf die im März 2019 veröffentlichte Expertinnenliste von Frauen mit Behinderungen sowie auf die Konferenz zu Frauen mit Behinderungen im September 2019 war überwältigend und bestätigte den Weg.
Es ist Zeit für tiefgreifende Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen mit Behinderungen. Artikel 6 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet Österreich, im Sinne der Gleichberechtigung, Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung, Förderung und Stärkung von Frauen mit Behinderungen vorzunehmen.

Frauen mit Behinderungen stellen nun Forderungen an die politischen Entscheidungsträger*innen, an die Organisationen zum Thema Behinderung, an die Frauenorganisationen und Arbeitsmarktorganisationen.

Sichtbarkeit für ihre Expertise, Lebensrealitäten und erfahrenen Diskriminierungen
Auf Podien, Bühnen, in Medienberichten, in Leitungsfunktionen und in Gremien überwiegen Männer mit und ohne Behinderungen. Für Frauen mit Behinderungen ist die ‚gläserne Decke' noch nicht einmal in Sicht.

Ein Leben ohne Gewalt
Frauen mit Behinderungen erleben im Laufe ihres Lebens um ein Vielfaches öfter Gewalt als Männer mit Behinderungen und als Frauen ohne Behinderungen.
Die Erfahrungen erstrecken sich von physischer, psychischer und sexualisierter bis hin zu struktureller Gewalt.

Ein selbstbestimmtes Leben durch Persönliche Assistenz
Der Zugang zu Persönlicher Assistenz hängt in Österreich von der Postleitzahl und der Form der Behinderung ab.

Chancengerechten Zugang zu fair entlohnten und guten Jobs
Noch immer landen zu viele Frauen mit Behinderungen in einer Bildungssackgasse, da sich bei ihnen (Aus-)Bildung „nicht auszahle". Selbst qualifizierte Frauen erhalten nur schwer einen fair entlohnten und ihren Qualifikationen entsprechenden Job.

Stabile Strukturen für Empowerment und Interessenvertretung
Weder in den Organisationen mit dem Fokus auf Behinderung, noch in den Organisationen mit Frauenfokus gibt es strukturell verankerte Interessenvertretung für Frauen mit Behinderungen. ■

Gender UND Disability Mainstreaming zeigt G. Sprengseis

Informationen

www.frauenmitbehinderungen.at
Kontakt Kompetenzteam Frauen mit Behinderungen:
Heidemarie Egger: h.egger@behindertenrat.at

Die neue EU-Behindertenstrategie

European Disability Rights Agenda (2021-2030)

Von Gudrun Eigelsreiter

Foto: Pixabay

Die „Europäische Behindertenstrategie" dient der Umsetzung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) in der Europäischen Union (EU).

In der EU ist die UN-BRK seit 2011 in Kraft. Einigen Barrierefreiheitsgesetzen wurde Vorschub geleistet, wie dem EU Rechtsakt zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act), der EU-Richtline zur Web-Barrierefreiheit (Web-Accessibility directive) oder dem Projekt EU-Behindertenpass (EU Disability Card). Die Rahmenbedingen waren jedoch nicht ideal: Weder gab es eigene budgetäre Mittel für die Maßnahmen, noch gab es Indikatoren (= statistische Anzeiger für Veränderung), um die Umsetzung der Maßnahmen zu überprüfen. Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen waren zu wenig eingebunden.

Noch immer werden Menschen mit Behinderungen diskriminiert und können nicht gleichberechtigt mit anderen an der Gesellschaft teilhaben. Die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben fehlen nach wie vor.

Im Vorfeld der Vorbereitungen der neuen Behindertenstrategie tagte vor kurzem der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zu diesem Thema. Einer der Aufgaben des EWSA ist die Beratung der EU-Institutionen, die über die Ausgestaltung der Strategie bestimmen. Ionannis Vardakastanis (Präsident des Europäischen Behindertenforums und Mitglied im EWSA) präsentierte folgende **Empfehlungen für die neue Disability Rights Agenda:**

Umsetzung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen

Der UN BRK, der nachhaltigen UN Entwicklungsziele (SDG´s), der Europäischen Säule sozialer Rechte, mit konkreten Vorschlägen für Grundsatz 17 (Inklusion von Menschen mit Behinderungen).

Disability Mainstreaming

Verankerung des Themas Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in allen Politikfeldern der EU

Eigenes Budget

Diesmal sollen die Maßnahmen der Strategie auch mit einem eigens abgestellten Budget verknüpft werden, um deren Umsetzung sicherzustellen

Schaffung von Disability Focal Points

in allen Generaldirektionen, Agenturen, EU-Institutionen mit einem zentralen focal point im General-Sekretariat der EU-Kommission und einen starken focal point in der General-Direktion Justiz. Die EU-Kommissarin für Gleichbehandlung Helena Dalli wird dadurch unterstützt.

Vernetzung der EU-Institutionen

Schaffung eines interinstitutionellen Mechanismus zwischen der EU-Kommission, dem EU-Parlament und dem EU-Rat sowie einer Arbeitsgruppe zum Themenkomplex Behinderung innerhalb des EU-Rats

Mehr Personal und Geld

Bereitstellen von adäquaten personellen und finanziellen Ressourcen für das EU Monitoring Rahmenwerk der UN BRK, um sicherzustellen, dass es seine Aufgaben gemäß UN BRK Art.33 (2) (Innerstaatliche Durchführung und Überwachung gemäß den Pariser Prinzipien) umsetzen kann.

Überblick verschaffen

über die geteilten Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten, um festzustellen wo die EU gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten an einer Umsetzung der UN BRK arbeiten kann.

Verabschiedung rechtlicher Instrumente

- Gesetze, die alle Formen der Diskriminierung basierend auf Behinderung bekämpfen
- Richtlinie, die das Prozedere rund um die Feststellung von Behinderung (disability assessment) EU-weit harmonisiert.
- Maßnahmen, die die politischen Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen garantieren und Schaffung eines Leitfadens, um dies auch auf nationaler Ebene sicherzustellen.
- Verbindliche Gesetzgebung, um gute Barrierefreiheitsstandards für die bauliche Umgebung sicherzustellen.
- Maßnahmen, um die Mindeststandards für „angemessene Vorkehrungen“ am Arbeitsplatz zu harmonisieren.
- Richtlinien zu Minimumstandards bezüglich Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen.
- Schaffung von Maßstäben und messbaren Indikatoren innerhalb der Agenda und Verbesserung von aufgeschlüsselter Datensammlung zu Behinderung.
- Durch das Europäische Semester (=wirtschaftspolitische Instrument der EU), Druck ausüben auf Mitgliedsstaaten damit sie eigene, nationale Strategien für Menschen mit Behinderungen entwickeln.
- Die volle und aktive Einbindung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Nun müssen die europäischen Institutionen in Verhandlungen treten und eine hoffentlich starke und umfassendere Europäische Behindertenstrategie 2021-2030 auf den Weg bringen. ■

Update: NAP Behinderung

Arbeitsgruppen und zuständige Ministerien

Von Gudrun Eigelsreiter

Der Nationale Aktionsplan Behinderung ist gerade im Entstehen, auch wenn uns die COVID-19 Pandemie zu einer Pause zwingt.

Bis jetzt fanden in den Arbeitsgruppen des Behindertenrates 47 Treffen statt mit insgesamt 323 Teilnehmer*innen und 19 Treffen mit den zuständigen Ministerien. Wann es damit weitergehen wird, lässt sich jetzt (Anfang April) noch nicht abschätzen, doch der Prozess wird in jedem Fall fortgesetzt.

Der NAP Behinderung wird der Fahrplan zum Thema Behinderung für die nächsten 10 Jahre.
Der Österreichische Behindertenrat arbeitet intensiv an der Gestaltung mit. 19 Arbeitsgruppen treffen sich regelmäßig im Behindertenrat und erarbeiten Vorschläge für Ziele, Maßnahmen und Indikatoren. Mitglieder der Arbeitsgruppen sind Mitgliedsorganisationen des Österreichischen Behindertenrates, Selbstbestimmt Leben Österreich (SLIÖ) und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft.

Interessierte sind herzlich eingeladen, sich an der Arbeit der spezifischen NAP Arbeitsgruppen zu beteiligen. Nehmen Sie dafür Kontakt mit dem oder der jeweiligen Verantwortlichen auf.
Kontaktinformationen finden Sie unter **www.behindertenrat.at**

NAP AG Behindertenrechte:
Ch. Meierschitz, B. Bruckner, G. Eigelsreiter
Sozialministerium

NAP AG Justiz:
Ch. Meierschitz, B. Bruckner, G. Eigelsreiter
Justizministerium

NAP AG Langzeitpflege:
C. Meierschitz, B. Bruckner
Sozialministerium

NAP AG Gesundheit und Rehabilitation:
B. Bruckner, Ch. Meierschitz
Sozialministerium

NAP AG Arbeit und Beschäftigung:
B. Bruckner, Ch. Meierschitz
Ministerium für Arbeit, Familie und Jugend

NAP AG Verkehr und Barrierefreiheit:
E. Benesch, G. Sprengseis
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Infrastruktur, Technologie

NAP AG Digitalisierung und Künstliche Intelligenz:
G. Eigelsreiter, G. Sprengseis
Ministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

NAP AG Frauen mit Behinderungen:
G. Eigelsreiter, G. Sprengseis
Ministerium für Integration & Frauen

NAP AG Bildung:
Ch. Meierschitz, Ch. Wurzinger
Bildungsministerium

NAP AG Finanzverwaltung:
Chr. Meierschitz
Finanzministerium

NAP AG Kinder und Jugendliche mit Behinderungen:
Ch. Wurzinger, G. Eigelsreiter
Ministerium für Arbeit, Familie und Jugend

NAP AG Kunst und Kultur:
G. Eigelsreiter, G. Sprengseis vorm. Bundeskanzleramt

NAP AG Medien:
G. Eigelsreiter, B. Bruckner
Bundeskanzleramt

NAP AG Europa und Internationales:
Ch. Wurzinger, G. Eigelsreiter Außenministerium

NAP AG Sport:
E. Benesch, G. Eigelsreiter Ministerium für Öffentlichen Dienst und Sport

NAP AG Landesverteidigung:
E. Benesch, B. Bruckner
Ministerium für Landesverteidigung

NAP AG Tourismus:
E. Benesch, G. Sprengseis
Ministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

NAP AG Klimawandel:
E. Benesch, G. Sprengseis
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Infrastruktur und Technologie ■

7 Milliarden für nichts

Von Gabriele Kern

Seit 33 Jahren ist Dr. Günther Loewit Landarzt. In seinem Buch „7 Milliarden für nichts" schildert er persönliche Erlebnisse aus seinem Berufsleben. Dabei kritisiert er, dass Hausverstand und Augenmaß in unserem Gesundheitssystem häufig zu kurz kommen. In berührenden, manchmal erheiternden und oft tragischen Erfahrungsberichten liefert er Beispiele für eine zunehmende Bürokratisierung im Gesundheitsbereich.
Viele kostspielige medizinische Maßnahmen bringen seiner Meinung nach mehr Schaden als Nutzen und könnten eingespart werden. Stattdessen appelliert er dafür, auf einen intensiveren und empathischeren Kontakt zwischen Ärzt*innen und Patient*innen zu setzen. Er hebt vor allem die Bedeutung von Hausärzt*innen hervor, die durch den persönlichen Kontakt zu ihren Patient*innen auf die ganzheitlichen Lebensumstände achten können. Weiters wünscht sich Loewit einen entspannteren Umgang mit dem Thema Gesundheit. Durch Werbung und Medien wird der Eindruck vermittelt, dass jede Person bis ins hohe Alter gesund und fit sein muss. Doch das sei eine Illusion, von der wir uns lösen müssen.

Sind es wirklich 7 Milliarden Euro, die man in unserem Gesundheitssystem sinnvoller einsetzen könnte? Diese Zahl ist für den Autor mehr ein symbolischer Wert. Vielmehr ist das Buch eine Botschaft an die Leser*innen, sich bei gesundheitlichen Themen nicht zu sehr verunsichern zu lassen. Und es ist ein Appell an das medizinische Personal, nicht nur auf Befunde, sondern auf die Menschen zu schauen. ■

Dr. Günther Loewit: 7 Millarden für nichts.
Ein Landarzt rechnet mit dem Gesundheitssystem ab. Edition a. Preis: € 22,-

A Disability Revolution CRIP CAMP

Von Gabriele Kern

Im Sommer 1971 findet in Upstate New York ein Sommercamp statt, das die Geschichte der Behindertenrechtsbewegung verändern wird. Im „Camp Jened" treffen Jugendliche mit unterschiedlichsten Behinderungen aufeinander. Im Feriencamp erleben sie einen Sommer der Selbstermächtigung und Selbstfindung. In ihrem Alltag sind sie mit Vorurteilen und Ausgrenzung konfrontiert, doch im Camp wird niemand ausgeschlossen. Jede*r kann sich einbringen, alles ausprobieren und offen sprechen.

Die Campteilnehmer*innen organisieren sich und werden politisch aktiv. Es entsteht eine „Bewegung radikaler Behinderter", die mit spektakulären Protestaktionen auf sich aufmerksam macht. Sie erkämpfen in den USA die gesetzliche Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und werden zu Vorreiter*innen einer internationalen Behindertenrechtsbewegung.

Zu sehen ist die Dokumentation auf Netflix. Absolut empfehlenswert! ■

Jim LeBrecht, Nicole Newnham: Crip Camp. Higher Ground Productions & Netflix.

Empfänger

Österreichische Post AG
GZ 02Z032856
Österreichischer Behindertenrat, 1100 Wien, Favoritenstraße 111/11
Retouren an Behindertenrat, 1100 Wien, Favoritenstraße 111/11

Anzeige

Anzeige

Anzeige